

lerer Reichweite unter anderem genannt: Die Ausarbeitung eines Mandates für die Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa; die Fortschritte bei den Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen; die Anstrengungen, militärische Konflikte und strittige Fragen mit politischen Mitteln zu lösen.

All das hat dazu geführt, heißt es im Kommuniqué, daß das Verständnis dafür wächst und „globale Probleme, einschließlich des Umweltschutzes, nur gemeinsam gelöst werden können“. Das widerspiegeln ein neues Denken und fördere internationale Beziehungen eines neuen Typs.

Sicherheit kann heute also nicht mehr **gegen** den potentiellen Gegner erreicht werden, sondern nur noch **gemeinsam** mit ihm, gewissermaßen als systemübergreifende Sicherheit. Voraussetzung dabei ist, daß der anderen Seite gleiche Sicherheit zugestanden und nicht etwa, wie es die aggressivsten Kreise des Kapitals nach wie vor auf ihre Fahnen geschrieben haben, nach militärischer Überlegenheit getrachtet wird. Dabei müssen die eigenen Sicherheitsmaßnahmen so gestaltet werden, daß sie der

anderen Seite keinen Schaden zufügen und für diese keine Bedrohung darstellen.

Mit der Offenlegung ihrer Militärdoktrin und dem Angebot, Konsultationen zwischen NATO und Warschauer Vertrag durchzuführen, um die Militärdoktrinen beider Bündnisse zu vergleichen, ihren Charakter zu analysieren und gemeinsam ihre künftige Ausrichtung zu erörtern, haben die sozialistischen Staaten wesentlich dazu beigetragen, eine Atmosphäre des Vertrauens in den internationalen Beziehungen zu schaffen; eines Vertrauens, das eine ganz entscheidende Voraussetzung für Sicherheit und Sicherheitspartnerschaft darstellt, das wesentlich ist für die Schaffung eines „gemeinsamen europäischen Hauses“, in dem ein Klima der guten Nachbarschaft, der friedlichen Koexistenz und des gegenseitigen Verständnisses herrscht.

Denn „es gibt heute nichts Wichtigeres, als über alle Gegensätze von Weltanschauungen, Ideologien und politischen Zielen hinweg den Frieden zu bewahren“, wie Genosse Erich Honecker in seinem Toast auf dem Empfang für die Absolventen der Militärakademien Ende Oktober betonte.

Die Politik militanter Kreise

Ungeachtet aller Friedensbemühungen, Friedensvorschläge und anderer, auf die Erhaltung des Lebens gerichteter Anstrengungen der sozialistischen Staaten, darf jedoch nie außer acht gelassen werden, daß es nach wie vor maßgebliche und einflußreiche Kräfte in den imperialistischen Ländern gibt, die dem Friedensstreben der Völker feindlich gegenüberstehen, dem Sozialismus mit Vernichtung drohen und eine unverhohlenen militaristische Politik betreiben.

Das zeigt sich in den Versuchen, das Wettüben auf den Weltraum auszudehnen, die bestehenden Verträge auf dem Gebiet

gefährdet den Frieden

der Rüstungsbegrenzung zu unterlaufen; das zeigt sich in einer Politik der Stärke und Einmischung in die inneren Angelegenheiten sowie der offenen Aggressionsdrohungen gegenüber souveränen Staaten und dem Schüren von Spannungen in bestimmten Regionen der Erde. Hinzu kommt, daß die andauernde Verschlechterung der ökonomischen Lage, besonders der Entwicklungsländer, die Verschärfung der Energie-, Umwelt- und anderen Probleme sowie eine Forcierung revanchistischer Bestrebungen neue Konflikte und Gefahren für die internationale Sicherheit und den Frieden hervorrufen.

Mit ihrem Vorschlag, ein umfassendes System des internationalen Friedens und der Sicherheit zu erreichen, berücksichtigen die sozialistischen Staaten die Überlebensfordernisse der Menschheit und deren Zukunftssicherung ebenso wie die Lehren der Vergangenheit und greifen auch Ideen*und Vorschläge anderer Staaten auf. Damit geben sie eine eindeutige Antwort auf die imperialistischen Konzepte der Abschreckung und Stärke.

Im nuklear-kosmischen Zeitalter geht es in wachsendem Maße um ein aktives Zusammenleben und Zusammenwirken der Staaten, Völker und aller Klassenkräfte in der Welt mit dem Ziel, die globalen Probleme gemeinsam zu lösen, weil heute keiner mehr allein dazu in der Lage ist. Die sozialistischen Staaten sind dazu bereit und willens. Immer mehr realistisch denkende und handelnde Politiker auch kapitalistischer Länder erkennen, daß es zur Politik der friedlichen Koexistenz keine Alternative gibt.

Ein prägnantes Beispiel dafür ist das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Erstmals seit sieben Jahrzehnten sind in einem Dokument die gemeinsamen Positionen und die unterschiedlichen Auffassungen von Kommunisten und Sozialdemokraten formuliert. Dabei wird auf die Notwendigkeit verwiesen, daß es beide Systeme lernen müssen, trotz grundlegender sozialökonomischer, politischer und ideologischer Gegensätze miteinander zu leben und auszukommen. Dazu ist ein politisches Herangehen erforderlich, das durch Berechenbarkeit, Offenheit und Zurückhaltung in der Wahl der Mittel gekennzeichnet ist.

Eine solche Politik der Vernunft und des Realismus betreibt die DDR, betreiben die anderen sozialistischen Staaten, und sie wissen sich dabei eins mit allen fortschrittlichen Kräften der Welt.

Ralf Herre